

## **Pressemitteilung vom 22. September 2006**

### **Dött kritisierte BA-Chef Weise**

#### **BKU-Bundesvorsitzende gegen Ausweitung versicherungsfremder Leistungen – “Berufsvorbereitung nicht Sache der Bundesagentur”**

Marie-Luise Dött (MdB), Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), hat Überlegungen der Chefs der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, kritisiert, berufsvorbereitende Maßnahmen an Schulen aus Beitragsmitteln der Versicherten zu finanzieren. “Die schulische Bildung und die berufliche Erstqualifikation junger Menschen liegen uns Unternehmern sehr am Herzen. Wir wenden uns aber entschieden dagegen, solche Maßnahmen aus Beitragsmitteln zu finanzieren.” Dött äußerte ihre Kritik auf dem “Berliner Forum Schicksalsthema Bildung”, das der BKU gemeinsam mit der katholischen Elternschaft Deutschlands, der Katholischen Erziehergemeinschaft und der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete

#### **Schule und Berufsbildung aus Steuern finanzieren**

Die BKU-Vorsitzende begründete ihre Kritik damit, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung dazu dienen, Versicherten Geld- und Vermittlungsleistungen im Falle der Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die Finanzierung schulischer und beruflicher Bildung sowie berufsvorbereitende Maßnahmen sei dagegen Sache der Steuerzahler, nicht der Versicherten. “Die Bundesagentur für Arbeit gibt in diesem Jahr fast vier Milliarden Euro für berufsvorbereitende Maßnahmen aus. Dies ist eine skandalöse Zweckentfremdung von Versicherungsbeiträgen. Berufsvorbereitung ist nicht Sache der Bundesagentur.” Dött, die Mitglied des Deutschen Bundestages ist und der CDU/CSU-Fraktion angehört, bezeichnete es als ein Grundübel der Sozialpolitik, beitragsfinanzierte Versicherungsleistungen und steuerfinanzierte Sozialleistungen nicht konsequent zu trennen.

#### **Langzeitarbeitslose und Berufseinsteiger Sache der Kommunen**

Die Unternehmerin plädierte dafür, die Verantwortung für die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen wie Berufseinsteigern den Kommunen zu übertragen. “Im Rahmen einer Neujustierung der Finanzverfassung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind hierfür die notwendigen Gelder aus Steuermitteln bereitzustellen. Die Bundesagentur kann sich dann ganz auf ihr Versicherungsgeschäft konzentrieren oder im Auftrag der Kommunen tätig werden”, erläuterte Dött ihren Vorschlag.

#### **Beiträge auf 3,5 oder 3 Prozent senken**

Dött forderte, mit den dann frei werdenden Mitteln die Beitragssätze der Arbeitslosenversicherung deutlich zu senken. Sie erneuerte ihre Kritik an

den Aussteuerungszahlungen der Bundesagentur an den Bundeshaushalt in Höhe von mehr als vier Milliarden Euro. "Insgesamt werden von der Bundesagentur gut acht Milliarden Euro der Beitragszahler zweckentfremdet. Das muss umgehend beendet werden. Wir könnten mit diesen Mitteln und den überplanmäßigen Überschüssen der Bundesagentur die Beitragssätze im kommenden Jahr statt auf 4,5 auf 3,5 oder gar 3 Prozent senken und noch zusätzlich eine Schwankungsreserve aufbauen", rechnete Dött vor und ergänzte: "Eine solche deutliche Senkung der Lohnnebenkosten würde die Arbeitgeber entlasten, die Kaufkraft der Arbeitnehmer stärken und dadurch Arbeitsplätze schaffen. Wer es mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wirklich ernst meint, hat jetzt die Möglichkeit, dies unter Beweis zu stellen, indem die Beiträge auf 3,5 Prozent oder weniger gesenkt werden"

**Rückfragen beantwortet Geschäftsführer Martin Wilde,  
Tel: 0221/2 72 37 – 0 oder 0172 / 234 19 22 .**

Dem 1949 gegründeten BKU gehören rund 1 200 Inhaber, Unternehmer, Selbständige und leitende Angestellte an. Der BKU ist in 36 Diözesangruppen gegliedert. In seinen Arbeitskreisen entstehen innovative Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Verband sieht sich als Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Kirche und Politik